



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

BELARUS UND POLEN

■ ANALYSE	
Das Misstrauen der Machthaber, die Offenheit der Bürger – Belarus und die komplizierten Beziehungen zu Polen	2
Kamil Kłysiński, Zentrum für Oststudien, Warschau	
■ DOKUMENTATION	
Erklärung der Regierungen der Republik Litauen und der Republik Polen zu Belarus	7
Ministerium für Wissenschaft und Hochschulen der Republik Polen: Sondermitteilung für die Bürger der Republik Belarus	7
■ UMFRAGE	
Einstellungen der belarussischen Bevölkerung zu Polen	9
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	11
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 20. Oktober – 2. November 2020	13
■ CHRONIK	
20. Oktober – 2. November 2020	15

Das Misstrauen der Machthaber, die Offenheit der Bürger – Belarus und die komplizierten Beziehungen zu Polen

Kamil Kłysiński, Zentrum für Oststudien, Warschau

DOI: 10.31205/PA.264.01

Zusammenfassung

Die Einstellung der belarussischen Machthaber zu Polen, insbesondere zu den polnischen Machteliten, wird relativ selten behandelt. Das Regime von Alexander Lukaschenko zeigte wiederholt sein tiefes Misstrauen gegenüber Polen, so auch aktuell angesichts der politischen Krise in Belarus. Der Autor führt die ablehnende Haltung auf historische Ereignisse zurück, die u. a. in der Epoche des späten Mittelalters liegen und immer noch die Denkweise und das Handeln der belarussischen Machthaber gegenüber dem polnischen Nachbarn beeinflussen. Demgegenüber zeigt die belarussische Gesellschaft eine offenere und positivere Wahrnehmung Polens und interessiert sich zunehmend für den polnischen Arbeitsmarkt und die Hochschulen in Polen. Es scheint, dass gerade in der belarussischen Gesellschaft das Potential liegt, bessere bilaterale Beziehungen aufzubauen, die nicht so stark von historischen Ereignissen belastet sind.

Im Narrativ der belarussischen Machthaber wird Polen und insbesondere seine politische Klasse häufig als Feind dargestellt, der versucht, seine politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Einflüsse in Belarus zu vergrößern. Im Extremfall kommt es sogar zu Anschuldigungen, dass Polen die Absicht habe, den Belarussen ihren souveränen Staat zu nehmen, und zwar indem das belarussische Territorium zusammen mit Russland aufgeteilt oder aber in Gänze Polen einverleibt wird. Über die Einzelheiten, wie ein solcher Plan ausgeführt werden könnte, wird allerdings keine Klarheit hergestellt. Diese Rhetorik taucht vor allem in Phasen der Spannungen zwischen Minsk und Warschau auf und lässt sich gewöhnlich in den größeren Kontext der sich abkühlenden Beziehungen zwischen Belarus und der Europäischen Union einordnen. Mit einer solchen Situation, aber in einer bisher beispiellos radikaleren Version, haben wir es aktuell zu tun, in einer Zeit, in der das autoritäre Regime von Präsident Alexander Lukaschenko brutal die Massendemonstrationen im eigenen Land unterdrückt, die seit der Präsidentenwahl am 9. August 2020 in Belarus stattfinden. Wie in den vorangegangenen Krisen im Dialog zwischen Minsk und dem Westen (die ebenfalls im Zusammenhang mit den belarussischen Präsidentenwahlen im Jahr 2006 und 2010 auftraten) befindet sich Polen auch jetzt in der »vordersten Frontlinie«. Es scheint eine große Vereinfachung zu sein, diesen Status quo allein mit der deutlichen Kritik Warschaus an den autoritären Methoden der Machtausübung von Alexander Lukaschenko zu erklären. Die Wurzeln der feindseligen oder zumindest misstrauischen Haltung der belarussischen Führung gegenüber Polen liegen sehr viel tiefer und lassen sich vor allem auf die schwierige gemeinsame Geschichte zurückführen.

Der Minderwertigkeitskomplex – schwierige Koexistenz in gemeinsamen Staatenbünden

Die im Jahr 1385 geschlossene Personalunion zwischen Königin Hedwig (Jadwiga) von Polen und dem litauischen Großfürsten Władysław Jagiełło (so sein polnischer Name) setzte die Errichtung eines gemeinsamen Staates in Gang, der seit dem 16. Jahrhundert als »Republik beider Nationen« bezeichnet wurde. Auch wenn der Name Großfürstentum Litauen nicht direkt auf eine belarussische Komponente verweist, war deren Anteil an den staatlichen Strukturen des Fürstentums bedeutend. Es reicht darauf hinzuweisen, dass alle Dokumente der staatlichen Kanzlei in ruthenischer Sprache [Vorläufer des Belarussischen, d.Red.] verfasst wurden, da die Schriftkultur der damals regierenden litauischen Fürstengeschlechter nicht ausreichend ausgebildet war. Daher rührt auch die in der belarussischen Geschichtsschreibung (teilweise begründete) dominierende Überzeugung, dass das Großfürstentum Litauen zum belarussischen historischen Erbe und staatlichen Tradition gehört. Diese Ansicht ist auch im allgemeinen historischen Bewusstsein der Bürger verbreitet, insbesondere derjenigen Belarussen, die sich für die Vergangenheit ihres Landes interessieren, sowie der Machtelite. Begleitet wird sie von der Überzeugung, dass der Zusammenschluss des Großfürstentums Litauen mit dem wirtschaftlich, militärisch und kulturell stärkeren Königreich Polen zwar die Unterstützung im Kampf gegen den Deutschen Orden garantierte, aber letztlich zur Dominanz über die kulturell schwächeren Eliten des Fürstentums führte und langfristig zu deren Polonisierung. Auf dieser Grundlage entwickelte sich die Position, dass der aus dem Westen gekommene polnische Adel (*szlachta*) eine Art historisch-kultureller »Enteignung« der belarussisch-litauischen Eliten des Großfürs-

tentums Litauen vollzogen habe. Der polnische Adelsstand wird noch heute in der wissenschaftlichen und belletristischen Literatur als »polnische Herren« bezeichnet, wobei sich im verwendeten Begriff »Herr« (*Pan*) die starke und ziemlich ironische Anspielung auf die in der polnischen Sprache häufig präsente, im Russischen oder Belarussischen aber kaum verwendete höfliche Anrede verbirgt. Vor diesem Hintergrund tritt im belarussischen historischen Narrativ auch gegenwärtig ein Verteidigungsimpuls auf, der sich darin äußert, dass um jeden Preis der belarussische Charakter des Großfürstentums Litauen herausgestellt wird. Diese Strömung unterstützte in den letzten Jahren auch Präsident Alexander Lukaschenko, der darin eine Gelegenheit sah, die belarussische Souveränität zu unterstreichen. Beispielsweise sagte er im Jahr 2012: »Die Bemühungen hören nicht auf, die Bedeutung der slawischen Wurzeln der belarussischen Nation zu schmälern und unsere Vergangenheit in der Geschichte Polens sowie Litauens aufgehen zu lassen.« Als er in einem Interview mit dem russischen Radiosender »Echo Moskau« im Dezember 2019 diesen Gedanken aufgriff, sagte er schlicht und einfach, dass »das Großfürstentum Litauen ein belarussischer Staat war. Und niemand bestreitet das heute.«

Auch wenn die »Republik beider Nationen« Ende des 18. Jahrhunderts infolge der drei Teilungen zwischen Preußen, Russland und Österreich aufgelöst wurde, waren aus belarussischer Perspektive die Auswirkungen der Polonisierung weiter spürbar und sind mit Blick auf die Verzögerung des belarussischen Prozesses des *nation building* bis heute folgeschwer. Belarussische Historiker sehen eine so starke Gefahr von der Wirkung der polnischen Kultur und Sprache ausgehen, dass sie die damalige Eingliederung des belarussischen Gebietes in das zaristische Russland als wirksame Beschränkung für die fortschreitende Polonisierung der damaligen Bevölkerung bewerten, was ihrer Auffassung nach half, unter der Schirmherrschaft Russlands die ostslawische Kultur wiederzubeleben.

Von größter Bedeutung für die gegenwärtigen Beziehungen der belarussischen Eliten zu Polen ist jedoch die historische Bedeutung der Zweiten Republik Polen, also des polnischen Staates, der nach dem Ersten Weltkrieg entstand und im Jahr 1939 infolge des deutschen und anschließend des sowjetischen Überfalls auf Polen von der Landkarte verschwand. Die Gebiete des heutigen Westbelarus, die damals zu Polen gehörten, unterlagen nach Ansicht belarussischer Historiker einer brutalen Polonisierung, die mit Beschränkungen für die orthodoxe Kirche und Eingriffen in die Rechte der belarussischen Minderheit (damals ca. drei Prozent der Bevölkerung) einherging. Diese betrafen v.a. das Recht sich zu versammeln und kulturelle und Bildungsaufgaben auszuüben. Das berüchtigte Internierungslager

in Bereza Kartuska (heute Bierioza im belarussischen Bezirk Brest), das 1934 in der damaligen polnischen Woiwodschaft Polesien eingerichtet wurde, wird in der belarussischen Literatur häufig als Konzentrationslager bezeichnet, insbesondere im Zusammenhang mit den tragischen Schicksalen der dort festgesetzten belarussischen Aktivisten.

Ein weiteres wichtiges Schlüsselwort und propagandistisch eingesetztes Argument, um das gegenwärtige Polen und sein Erbe zu beurteilen, ist in Belarus der Begriff der östlichen Grenzgebiete (*kresy*) der Zweiten Republik Polen. Aus Sicht der Führung in Minsk wurden sie in den 20 Jahren zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg von den »nationalistischen« polnischen Eliten in Warschau ausgebeutet. Und auch wenn – ähnlich wie im Falle des Großfürstentums Litauen – die kritischen Urteile teilweise begründet sind, muss unterstrichen werden, dass das Argument der *kresy* sowohl von einem Teil der Wissenschaftler als auch der regimetreuen Journalisten sowie vor allem der politischen Vertreter missbräuchlich eingesetzt wird: Vorgeworfen wird der aktuellen politischen Klasse Polens, territoriale Ambitionen zu haben, mit dem Ziel, die ehemaligen östlichen Grenzgebiete wiederzuerlangen, da ihr Verlust die polnische Politik und öffentliche Meinung angeblich so sehr »quäle«. Es muss jedoch mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass keine der aktuell in Polen bestehenden politischen Parteien eine Revision der Grenzen fordert und es auch die Fähigkeit der erfahrensten Politologen übersteigen würde, solche Meinungen in der Publizistik oder unter extremistischen Aktivisten ausfindig zu machen.

Vor dem dargestellten Hintergrund scheinen die von Lukaschenko wiederholt geäußerten Beschuldigungen in gewisser Weise nachvollziehbar, dass Warschau danach strebe, die Außengrenze in der Region zu seinem Vorteil zu verschieben. Nachvollziehbar allerdings einzig und allein im Sinne einer Projektion seines Denkens über ein wichtiges Nachbarland. Das beste Beispiel ist die mehrmals vom belarussischen Präsidenten – übrigens selbst Historiker – wiederholte These von den Grenzen Polens, die »bis nach Minsk gezeichnet« sind, wobei klar ist, dass er sich auf den polnisch-sowjetischen Grenzverlauf vor 1939 bezieht. Die Intensität der negativen Emotionen im Zusammenhang mit der gemeinsamen polnisch-belarussischen Geschichte führt belarussische Publizisten mitunter zu sehr starken Formulierungen. Ein extremes Beispiel sind Anspielungen, dass es einem Verrat am Staat gleichkomme und bestraft werden solle, wenn ein Bürger Belarus' die Polen-Charta annimmt. (Die Polen-Charta wurde im Jahr 2008 von der polnischen Regierung für Polen eingeführt, die außerhalb Polens leben; sie richtet sich vor allem an die polnische Minderheit in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und erleichtert die Einreise

und Arbeit in Polen.) Weiter kam es – auch im präsidentialen Presseorgan – zu Behauptungen, dass es das endgültige Ziel Warschaus sei, in der polnischen Minderheit, die vor allem im Bezirk Grodno lebt, Aufruhr zu schüren und dann dieses Gebiet Polen anzuschließen. Objekt der massiven Kritik wurde regelmäßig der nach belarussischem Recht illegale Bund der Polen in Belarus (parallel zu ihm gibt es eine Organisation mit demselben Namen, die aber vollkommen loyal gegenüber den belarussischen Machthabern ist). Jener wird von Polen als rechtmäßige Minderheitenorganisation unterstützt und ist aus Sicht des autoritären Regimes eine Gefahr für das Machtgefüge. Mit dieser Rhetorik gingen auch konkrete Aktivitäten einher, zum Beispiel wurde den belarussischen Bürgern der Zugang zu staatlichen Archiven erschwert, welche Dokumente ausgegeben könnten, die die polnischen Wurzeln belegen; auch kam es zu noch viel weitreichenderen Restriktionen für Staatsbedienstete, denen mit Kündigung gedroht wurde, sollten sie die Polen-Charta annehmen.

Die hier skizzierten Pfade der polnisch-belarussischen Geschichte sind jedoch nicht so von Animositäten oder gar Hass gespeist, wie es bei den polnisch-ukrainischen Beziehungen beobachtet werden kann. Zum Glück für beide Seiten gibt es hier kein so dramatisches und blutiges Ereignis wie das Massaker, das die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) 1943 an den Polen in Wolhynien verübte. Nichtsdestoweniger ist das Gefühl historischen Unrechts, das von den »polnischen Herren« in verschiedenen Epochen zugefügt wurde, auf der belarussischen Seite so stark, dass man von einer Art Minderwertigkeitskomplex gegenüber dem gegenwärtigen Polen sprechen kann, der insbesondere bei den belarussischen politischen Eliten zu finden ist. Wenn auch im gesellschaftlichen Kontext, aus der Perspektive des gewöhnlichen Belarussen, das Verhältnis zu Polen wenn nicht positiv, so doch zumindest neutral ist (davon im Folgenden mehr), ist auf Seiten der belarussischen offiziellen Politik ständig eine beträchtliche Dosis Misstrauen und Argwohn zu spüren. In Zeiten besonderer politischer Krisen wandelt sie sich in offene Hetze – so zirkulieren aktuell vollkommen ernsthaft formulierte Warnungen vor einem bewaffneten Überfall der polnischen Streitkräfte gemeinsam mit ihren NATO-Partnern auf Belarus. Wichtig ist hier auch der politische Aspekt, denn es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Teil der oben angeführten Unterstellungen der zynischen Kalkulation entspringt, die »polnische Karte« zu Propagandazwecken einzusetzen, um die eigene Gesellschaft zu integrieren und gegenüber äußeren »Gefahren« zu mobilisieren. Polen wurde in den 30 Jahren seiner Beziehungen zum unabhängigen Belarus mehrmals das Hauptziel von Propagandaangriffen aus Minsk und sah sich in der undankbaren Rolle des äußeren »Lieblingsfein-

des«, dessen ungeachtet, dass es sich hier um Projektionen des belarussischen Regimes handelte, die nicht vollständig der Geschichte der polnisch-belarussischen Beziehungen entsprachen.

Ein wichtiger Zusatz der belarussischen Kritik ist der häufig angeführte internationale Kontext. Gezeigt werden soll, dass das angeblich feindliche Handeln der polnischen Regierung in enger Absprache mit den Regierungen der stärkeren westlichen Staaten stattfindet, wobei diese natürlich ebenfalls als »Feinde« von Belarus unter Alexander Lukaschenko gelten. Diese Kategorie führen die USA an, ebenso wie die NATO als politisch-militärischer Block. Einerseits ist dies auf die immer noch starke Tradition der sowjetischen Propaganda zurückzuführen, andererseits scheint dies auch dem Bedürfnis geschuldet zu sein, zu zeigen, dass Polen den westlichen »Protektoren« untergeordnet ist.

Die polnische Unterstützung der Zivilgesellschaft

Im Zusammenhang mit dem – insbesondere für die belarussische Seite – schweren historischen Gepäck sind es aktuelle Fragen, die den Blick Minsk auf die polnische Politik prägen und hier haben die verschiedenen Formen von Unterstützung für die politische Opposition in Belarus, für die unabhängigen Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen besondere Bedeutung. Die jahrzehntelange Praxis der polnisch-belarussischen Beziehungen zeigt, dass Minsk fast alle politischen Aktivitäten Warschaus, die sich an die belarussischen Machthaber bzw. Bürger richten, voreingenommen beurteilt. Das führt dazu, dass es offiziell heißt, Polen versuche seine östlichen Grenzgebiete wieder zu errichten, wenn die aktuelle polnische Politik aktiv demokratische Initiativen in Belarus unterstützt. Warschau begründet dies jedoch mit einem Pflichtgefühl angesichts der westlichen Unterstützung für die *Solidarność*-Bewegung in den 1980er Jahren und lässt sich von einem authentischen Impuls, demokratische Werte in der Region zu befürworten, leiten. Die territoriale Expansion und das Streben nach politischem Einfluss ist der fast reflexhafte Vorwurf an jedes Projekt mit polnischer Beteiligung. Entsprechend wurde bereits im Jahr 1995, also am Anfang der ersten Amtszeit von Präsident Lukaschenko, der Streik der Minsker Metro-Belegschaft als Verschwörung des US-amerikanischen CIA und der polnischen Gewerkschaft *Solidarność* abgehandelt. In den folgenden Jahren blieben Inhalt und Logik dieser Kritik unverändert, es tauchten nur neue polnische oder von Polen unterstützte Organisationen oder Institutionen auf, die der Unterwanderung des »stabilen« Belarus bezichtigt wurden. So wurde und wird immer noch der 2007 ins Leben gerufene und aus Warschau sendende unabhängige belarussische Fernsehsender »Bielsat« beurteilt, der

durch die letztlich nicht gelungene Aktion ausgeschaltet werden sollte, dass den Belarussen die Satellitenantennen weggenommen wurden. Bekämpft wurde auch das im Jahr 2006 aufgelegte Konstanty Kalinowski-Stipendienprogramm der polnischen Regierung, das sich an belarussische Studierende richtet, die aus politischen Gründen ihrer Universität verwiesen wurden. Beispielsweise wurde versucht, die Studenten einzuschüchtern, indem sie bei jedem Heimatbesuch in Belarus mit der Einberufung zum Militärdienst bedroht wurden. Gegenstand scharfer Kritik ist auch das in Polen ansässige regierungskritische Internetportal »Charter97«, welches das belarussische Regime wegen seiner großen medialen Aktivität, bedeutenden Nutzerzahlen (mindestens 200.000 Leser monatlich) sowie der scharfen regierungskritischen und kompromisslosen Haltung der Redaktion ziemlich irritiert. Zurzeit allerdings, im Zusammenhang mit den Massenprotesten infolge der belarussischen Präsidentenwahl vom 9. August 2020, hat sich zum größten Unruheherd der in Polen wirkende Blogger mit dem Pseudonym NEXTA entwickelt, dessen Kanal in den sozialen Medien noch im August die Rekordzahl von zwei Millionen Nutzern überschritt. Auch dieses Mal fiel in der Minsker Rhetorik sowie von Lukaschenko persönlich formuliert der Vorwurf, dass die Proteste nach der Präsidentenwahl in Belarus aus dem Ausland, das heißt in diesem Fall aus Polen, »gelenkt« seien. Es hat schon Tradition, dass die Propaganda des Regimes auch dieses Mal die Absicht unterstellt, Polen wolle die »Kontrolle« über Belarus gewinnen. Die historischen Komplexe und Stereotype sind so groß, dass das belarussische Regime in seiner misstrauischen Beurteilung der polnischen Unterstützung für den NGO-Sektor vergisst, dass die eigentliche Ursache für die zahlenstarke und aktive belarussische politische Emigration in Polen die restriktive Innenpolitik des autoritären Regimes von Alexander Lukaschenko ist.

Die positive Einstellung der belarussischen Bürger

Im Unterschied zu der wenig freundlichen und misstrauischen Haltung der belarussischen Machthaber zeigen die Bürger von Belarus eine größere Offenheit gegenüber Polen. Laut regelmäßig bis zum Jahr 2016 durchgeführter Meinungsumfragen des unabhängigen soziologischen Zentrums »NISEPI« (auf Druck der Machthaber war es gezwungen, die Befragungen einzustellen) bewerteten um die 60 Prozent der belarussischen Gesellschaft Polen als freundschaftlich eingestelltes Land. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam im Jahr 2012 die Befragung von »Zerkalo-Info«, eines anderen unabhängigen Instituts, sowie auch die Anfang 2019 durchgeführte Meinungsumfrage des Instituts für Information und Analyse der belarussischen Regierung. In

allen genannten Umfragen äußerten sich nur elf bis zwölf Prozent der Befragten negativ über Polen. Das bestätigt die im Allgemeinen positive Einstellung der Mehrheit sowie die neutrale Haltung eines recht großen Anteils der Bürger (die sich nicht in der Lage sahen, eine Antwort auf die Frage nach ihrer Meinung über die polnischen Nachbarn zu geben). Und auch wenn Polen in diesen Rankings unverändert hinter Russland blieb, das Belarus kulturell und politisch näher steht, lässt sich die gesellschaftliche Einstellung gegenüber den Polen als wohlwollend und zugewandt bezeichnen.

Ein ebenfalls wichtiger Beweis für die vergleichsweise positive Haltung der belarussischen Bürger gegenüber Polen ist die Zahl der Arbeitnehmer aus Belarus auf dem polnischen Arbeitsmarkt. Das vorteilhafte Gehaltsniveau, die niedrigeren oder vergleichbaren Lebenshaltungskosten, die kulturelle und mentale Nähe (wenn auch nicht so weitreichend wie gegenüber Russland) sowie zahlreiche administrative Erleichterungen hatten zur Folge, dass sich in den letzten Jahren immer mehr Belarussen entschieden haben, in Polen zu arbeiten, und zwar nicht nur im Bereich der körperlichen Arbeit, zum Beispiel als Bauarbeiter, Verkäuferinnen oder Haushaltshilfen, sondern auch in hochqualifizierten Branchen, beispielsweise in medizinischen Berufen, im Bankgeschäft oder im IT-Bereich. Daten der polnischen Sozialversicherungsanstalt (*Zakład Ubezpieczeń Społecznych* – ZUS) zufolge betrug die Zahl der in Polen Versicherten im Dezember 2019 über 40.000. Damit stehen sie an zweiter Stelle hinter den Ukrainern, die die Liste der Arbeitsmigranten anführen. Die Popularität der Emigration in Richtung Polen wuchs in Belarus in den letzten Jahren so sehr, dass sogar in der südöstlich gelegenen Großstadt Gomel, die sich bisher am näher gelegenen Russland bzw. der Ukraine orientiert hatte, mehrmals täglich eine Autobusverbindung nach Polen angeboten wurde. In der Mehrheit der unabhängigen belarussischen Internetportale sind Angebote von rund 50 Firmen, die Arbeitsstellen in Polen vermitteln, präsent. Immer mehr junge Belarussen studieren an polnischen Hochschulen, was ebenfalls das Interesse an Polen zeigt. Im akademischen Jahr 2018/19 stellten die Studierenden aus Belarus fast zehn Prozent (ca. 7.000 Personen) aller ausländischen Studierenden und belegten, ähnlich wie am Arbeitsmarkt, nach den Ukrainern den zweiten Platz. Ein Ergebnis (und eher nicht eine Ursache) der zunehmenden Präsenz von Belarussen in der Wirtschaft und im Bildungssystem Polens ist die ständig wachsende Beliebtheit von Polnischkursen. Sie werden nicht nur in den Großstädten Minsk, Grodno und Brest organisiert, sondern auch in kleineren Städten. Vermutlich werden auch die tiefgreifende politische Krise, in der sich Belarus seit der Präsidentenwahl im August befindet, und die damit einhergehende wirtschaftliche

Rezession zu einem noch größeren Interesse an Polen als Ziel für eine vorübergehende oder dauerhafte Emigration führen, wenn auch die durch die Covid-19-Pandemie bedingten Einschränkungen die Dynamik dieser Entwicklung verlangsamen.

Feindlich oder freundlich?

Unternimmt man den Versuch, das Polen-Narrativ, das die belarussische Führung in den letzten 30 Jahren gepflegt hat, breiter in den Blick zu nehmen, lässt sich der Eindruck tragischer Wiederholung kaum vermeiden. Die Beziehungen des offiziellen Belarus zu Warschau schwanken – abhängig von der innenpolitischen Situation in Belarus und seinen Beziehungen zu den Nachbarn – zwischen kaum maskiertem Misstrauen in Zeiten des Dialogs und aggressiver Kritik in Phasen ernster Spannungen. Das ist sicher einer der Gründe für den geringen, beide Seiten enttäuschenden rechtlich-vertraglichen Fortschritt sowie den gleichzeitig weiter bestehenden umfangreichen Katalog an Diskrepanzen, wozu beispielsweise der Status eines Teils der polnischen Minderheitenorganisationen oder der seit 2010 nicht umgesetzte Vertrag über den Kleinen Grenzverkehr gehören. Beladen mit dem Ballast historischer Komplexe und der

für alle autoritären Regime charakteristischen Angst vor »umstürzlerischen« Aktivitäten, die von außen unterstützt werden, war die belarussische Führung in keiner Phase seit Bestehen der beiden unabhängigen Staaten in der Lage, tatsächlich einen Dialog aufzunehmen, der auf Vertrauen und der Kultur des Kompromisses gründet.

Gleichzeitig bietet die im Vergleich dazu offenere Einstellung der belarussischen Gesellschaft eine Chance, dass sich dieser Zustand verändert und die positiven Verbindungen zwischen beiden Nationen gestärkt werden. Mehr noch, es scheint, als werde die von der staatlichen Propaganda betriebene aggressive und oftmals manipulierte Informationsoffensive zur Diskreditierung des polnischen Nachbarn infolge der wachsenden Skepsis und des Aufruhrs der belarussischen Bürger gegen das Regime eine immer geringere Rolle spielen. Es besteht die Hoffnung, dass eben diese offenere und von unnötigen historischen Komplexen freie Haltung der Mehrheit der belarussischen Gesellschaft gegenüber Polen und den Polen ein Ausgangspunkt sein kann, um eine neue, bessere Grundlage für die beiderseitige Zusammenarbeit in der Zukunft zu legen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Der Beitrag gibt die private Meinung des Autors Kamil Kłysiński wieder.

Über den Autor

Kamil Kłysiński ist seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter mit dem Schwerpunkt Belarus am Zentrum für Oststudien (*Ośrodek Studiów Wschodnich – OSW*) in Warschau (Warszawa) und ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift *Nowa Europa Wschodnia*.

Lesetipp

Zu aktuellen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen in Belarus bieten die Belarus-Analysen kompetente Einschätzungen. <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/>

Erklärung der Regierung der Republik Litauen und der Regierung der Republik Polen zur strategischen Partnerschaft und zu Belarus

Wilna, 17. September 2020

Da das Jahr der Verfassung vom 3. Mai und des Gegenseitigen Gelöbnisses der beiden Nationen, verabschiedet im Jahr 1791, bevorsteht, geben wir, die Regierungschefs der Republik Litauen und der Republik Polen, im Namen unserer Regierungen folgende Erklärung ab:

[...]

Wir unterstützen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Republik Belarus; wir unterstützen ebenfalls die Bestrebungen der Belarussen nach einem Leben in einem freien und demokratischen Land, regiert von in freien und ehrlichen Wahlen bestimmten Politikern; wir verurteilen die Ablehnung der Führung dieses Landes, die berechtigten Erwartungen der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen; wir verurteilen Gewalt und andere Formen des Zwanges gegenüber den Bürgern und wir rufen dazu auf, so schnell wie möglich freie und demokratische Präsidentschaftswahlen durchzuführen. Die Regierung der Republik Litauen und die Regierung der Republik Polen haben bereits Unterstützungsmaßnahmen für die Opfer von Repressionen und für Personen, die der medizinischen Behandlung oder Betreuung bedürfen, ergriffen sowie für Studenten, Wissenschaftler und Vertreter der Kultur und Kunst, die wegen ihrer Überzeugungen und der fortwährenden Verfolgungen ihre Arbeit verloren haben; Litauen und Polen haben vereinbart, dass sie weiterhin ihre Anstrengungen in diesem Bereich koordinieren werden, so auch in allen internationalen Foren.

Saulius Skvernelis
Ministerpräsident der Republik Litauen

Mateusz Morawiecki
Ministerpräsident der Republik Polen

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <https://www.gov.pl/web/premier/polska-i-litwa-podpisaly-deklaracje-w-sprawie-partnerstwa-strategicznego-i-bialorusi> (abgerufen am 28.10.2020).

Ministerium für Wissenschaft und Hochschulen der Republik Polen: Sondermitteilung für die Bürger der Republik Belarus

5. Oktober 2020

Staatssekretär Prof. Wojciech Maksymowicz wendet sich an die internationalen Studierenden und Wissenschaftler mit einer Sondermitteilung für die Bürger der Republik Belarus

Liebe internationale Studierende und Wissenschaftler aus der Republik Belarus!

Heute kämpfen Sie als Repräsentanten der akademischen Gemeinschaft in Belarus für demokratische Rechte in Ihrem Land. **Es ist unsere Pflicht, Ihnen eine solidarische Hand entgegenzustrecken.** Wir gehören zu derselben akademischen Wertewelt, in der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie respektiert werden.

Seit vielen Jahren ist das Ministerium für Wissenschaft und Hochschulen daran beteiligt, die akademische Mobilität belarussischer Bürger zu unterstützen. **Diese Aktivitäten werden gegenwärtig in Übereinstimmung mit der Initiative der polnischen Regierung »Vereint mit Belarus« durchgeführt.** Dahinter stehen Überlegungen unserer Regierung, die Einreise belarussischer Bürger auf polnisches Staatsgebiet zu erleichtern, verknüpft mit einem Basishilfsangebot.

Es gibt zahlreiche Initiativen, die von Einrichtungen aus dem Umfeld des Ministeriums für Wissenschaft und Hochschulen durchgeführt und geplant werden. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen:

Die polnische Nationalagentur für Akademischen Austausch (NAWA) hat ein spezielles Stipendienangebot für drei Zielgruppen aus der Republik Belarus erstellt.

Erstens für potentielle **Studierende**, die daran interessiert sind, ihr Studium an einer polnischen Universität zu beginnen. Als Teil der Aktion »Solidarität mit Studierenden« werden 150 Studierende ein Stipendium für das akademische Jahr 2020/21 erhalten.

Zweitens für **Wissenschaftler**, die nach einem einjährigen Forschungsaufenthalt an einer polnischen Universität, einem Forschungsinstitut der Polnischen Akademie der Wissenschaften oder einem Institut des Łukasiewicz-Forschungsverbunds suchen. Das Budget der Aktion »Solidarität mit Wissenschaftlern« beträgt zwei Millionen Zloty.

Drittens für **Lehrer** der polnischen Sprache, die bereit sind, ein Postgraduiertenstudium aufzunehmen.

Das Programm wird in Zusammenarbeit mit der Hochschulrektorenkonferenz in Polen durchgeführt. Insgesamt planen wir, **einige Hundert Studierende und Wissenschaftler** zu unterstützen. Bitte kontaktieren Sie für weitere Informationen die *NAWA*.

Darüber hinaus bieten wir zusätzliche Unterstützung in Form des **Konstanty Kalinowski-Stipendienprogramms an. Es ist das größte europäische Hilfsprogramm für junge Belarussen, die aufgrund ihrer politischen Ansichten nicht in Belarus studieren können.**

Unterstützt werden ein **Studium** an ausgewählten polnischen Universitäten – ohne Studiengebühr und mit einem monatlichen Stipendium – oder ein einjähriger **Forschungsaufenthalt** in Warschau. Ein zusätzlicher Aufruf, sich zu bewerben, wurde unlängst veröffentlicht. Wir planen, **bis zu eintausend Personen** zu unterstützen. Bitte kontaktieren Sie für weitere Informationen das Büro des Konstanty Kalinowski-Stipendienprogramms.

Sie brauchen nicht Polnisch zu sprechen, um ein Stipendium zu bekommen. Sowohl das *NAWA*- als auch das Kalinowski-Programm bieten einen Polnisch Sprachkurs für die Kandidaten an, die zum Studium zugelassen sind. Die *NAWA* hat außerdem freie Plätze für einhundert Belarussen im Rahmen der »Sommerkurse zur polnischen Sprache und Kultur« angeboten.

Darüber hinaus möchten Sie sich vielleicht mit weiteren Programmen der *NAWA* wie dem **Stefan Banach-Stipendienprogramm oder dem Ulam-Programm** vertraut machen.

Des Weiteren bieten viele polnische Hochschuleinrichtungen in diesem akademischen Jahr gebührenfreie Studienplätze für Bürger der Republik Belarus an. **Ich begrüße ausdrücklich diese Basisinitiativen zur Unterstützung der internationalen Mobilität der Belarussen!** Bitte nehmen Sie für weitere Informationen Kontakt mit dem International Office der Universitäten auf.

Ich würde mich außerordentlich freuen, wenn Sie unsere Unterstützung anspricht. Ich wünsche Ihnen erfolgreiche Laufbahnen in Hochschule und Forschung und freue mich, Sie in Polen zu begrüßen!

Unter den schwierigen, von Covid-19 geprägten Bedingungen für die internationale Mobilität möchte ich alle internationalen Studierenden und Forscher herzlich willkommen heißen und Ihnen erfolgreiche Erfahrungen in Polen wünschen.

Unser Land unternimmt entschlossene Maßnahmen, um den Gesundheitssektor zu stärken und die Gesellschaft vor dem Corona-Virus zu schützen. Seien Sie sicher, dass Ihre Gesundheit und Wohlbefinden für uns Priorität haben!

Ich empfehle Ihnen, die Webseiten Ihrer Hochschul- oder Forschungseinrichtung, Ihrer Stipendienggeber und der Regierung zu verfolgen. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an das Team für internationale Kooperationen an Ihrer Gastinstitution oder an Ihre Kollegen.

Ich bin überzeugt, dass uns unsere gemeinsamen Anstrengungen helfen werden, Schwierigkeiten zu überwinden und uns und unsere Lieben zu schützen. Trotz dieser herausfordernden Zeiten hoffe ich, dass Ihr Aufenthalt in Polen eine inspirierende und wertvolle Erfahrung werden wird!

Hervorhebungen im Original

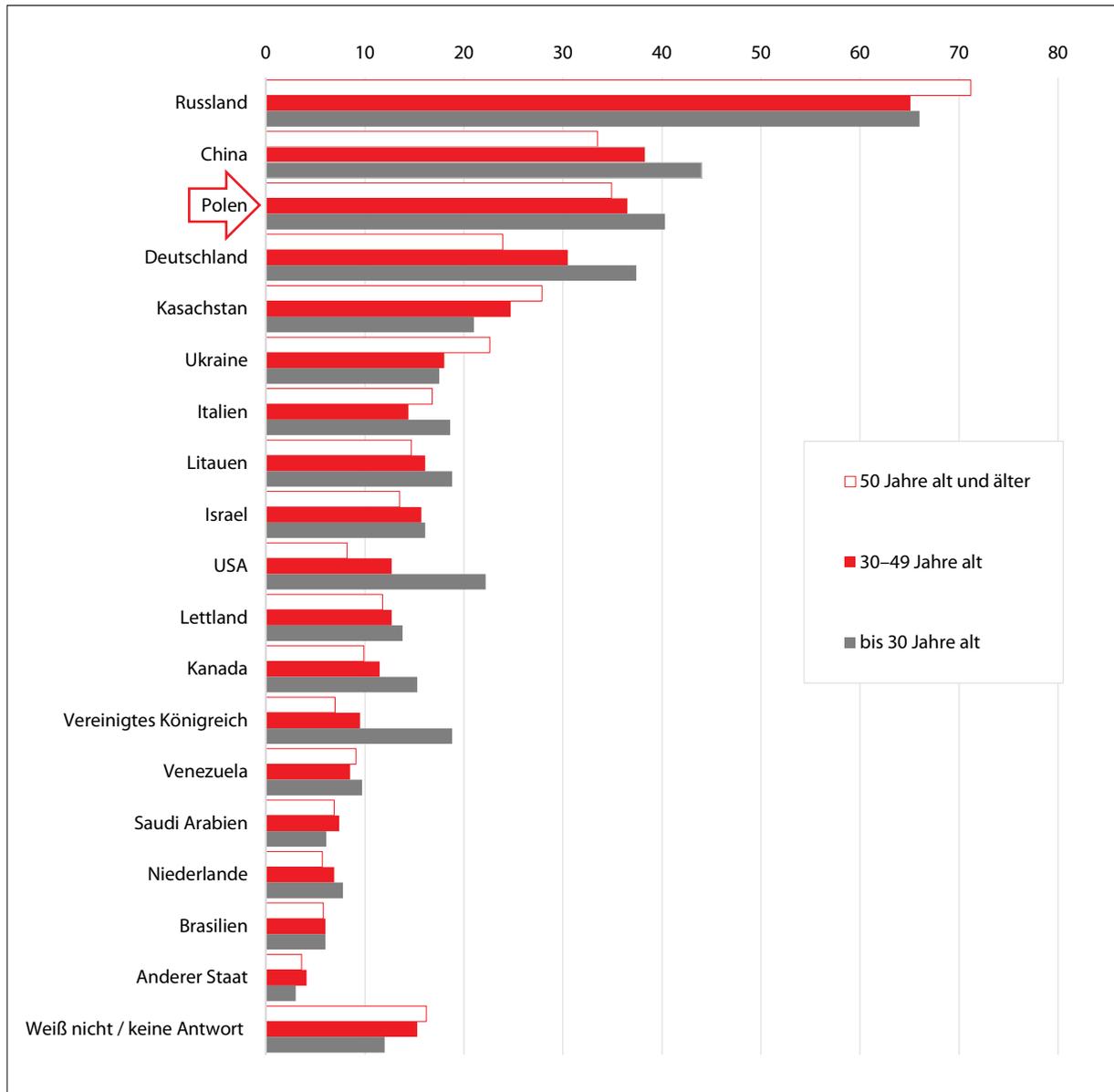
Übersetzung aus dem Englischen: Silke Plate

Quelle: <https://www.gov.pl/web/science/secretary-of-state-professor-maksymowiczs-address-to-international-students-and-researchers-with-a-special-message-to-citizens-of-the-republic-of-belarus> (abgerufen am 28.10.2020).

UMFRAGE

Einstellungen der belarussischen Bevölkerung zu Polen

Grafik 1: Umfrage des Russisch-belarussischen Expertenclubs und des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus: Mit welchen Staaten soll Belarus Ihrer Meinung nach seine Wirtschaftskooperation stärken? (2018, %, nach Altersgruppen)



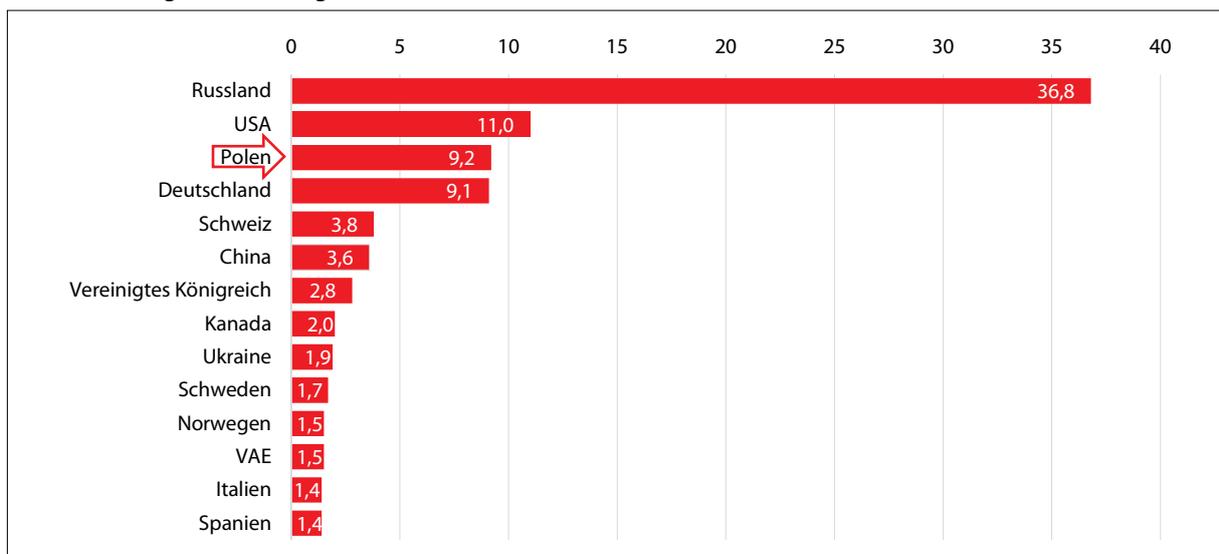
Quelle: Grafik zuerst erschienen in Belarus-Analysen 45, 31.10.2019, <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/45/>; Quelle der Daten: Wosprijatije belarusskoj molodezhju sojusa s Rossiej menjaetsja – soziologi, https://eurasia.expert/vosprijatie-soyuznogo-gosudarstva-molodezhju-belarusi-menjaetsya-belorusskiy-sotsiolog/?fbclid=IwAR3-2H_Wsy-t6XfRCruslHwgRGtmQ6mZOEYHqq18kM4liDhDA9RsriFdWc

Tabelle 1: Umfrage des Russisch-belarussischen Expertenclubs und des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften von Belarus: Mit welchen Staaten soll Belarus Ihrer Meinung nach seine Wirtschaftskooperation stärken? (2018, %, nach Altersgruppen)

	50 Jahre alt und älter	30–49 Jahre alt	bis 30 Jahre alt
Russland	71,2	65,1	66
China	33,5	38,3	44
Polen	34,9	36,5	40,3
Deutschland	23,9	30,5	37,4
Kasachstan	27,9	24,7	21
Ukraine	22,6	18	17,5
Italien	16,8	14,4	18,6
Litauen	14,7	16,1	18,8
Israel	13,5	15,7	16,1
USA	8,2	12,7	22,2
Lettland	11,8	12,7	13,8
Kanada	9,9	11,5	15,3
Vereinigtes Königreich	7	9,5	18,8
Venezuela	9,1	8,5	9,7
Saudi Arabien	6,9	7,4	6,1
Niederlande	5,7	6,9	7,8
Brasilien	5,8	6	6
Anderer Staat	3,6	4,1	3
Weiß nicht / keine Antwort	16,2	15,3	12

Quelle: Grafik zuerst erschienen in Belarus-Analysen 45, 31.10.2019, <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/45/>; Quelle der Daten: Wosprijatije belorusskoj molodezhju sojusa s Rossiej menjaetsja – soziologi, https://eurasia.expert/vosprijatie-soyuznogo-gosudarstva-molodezhju-belarusi-menjaetsja-belorusskiy-sotsiolog/?fbclid=IwAR3-2H_Wsy-t6XfRCkruslHwgRGtmQ6mZOEYHqq18kM4iiDhDA9RsrifDwc

Grafik 2: Umfrage des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS): Belarus soll Ihrer Meinung nach engere Beziehungen mit ... entwickeln* (2019, %)



* Befragt wurden junge Menschen zwischen 16 und 34 Jahren, die in regionalen Städten (zwischen 300.000 und 500.000 Einwohner) sowie in der Hauptstadt Minsk wohnen.

Quelle: Grafik zuerst erschienen in Belarus-Analysen 45, 31.10.2019, <https://www.laender-analysen.de/belarus-analysen/45/>; Quelle der Daten: Félix Krawatzek: Youth in Belarus: Outlook on life and political attitudes, ZOIS Report 5 / 2019, https://www.zois-berlin.de/fileadmin/media/Dateien/ZOIS_Reports/ZOIS_Report_5_2019.pdf

STATISTIK

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 2. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

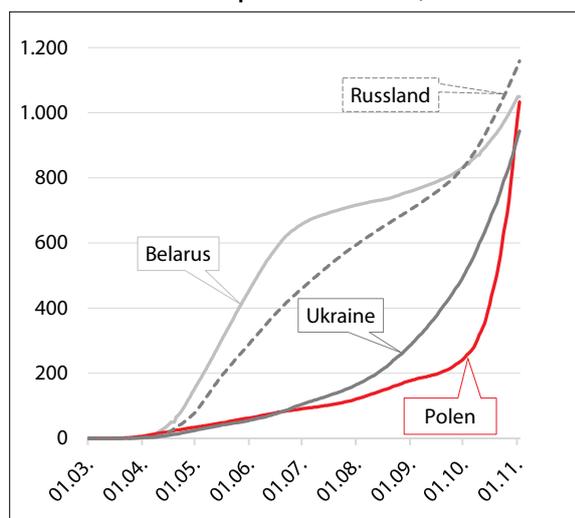


Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (20. Oktober – 2. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
20.10.	88.909	192.539	1.422.775	317.967
21.10.	89.642	202.579	1.438.219	324.942
22.10.	90.380	214.686	1.453.923	332.262
23.10.	91.167	228.318	1.471.000	340.042
24.10.	91.978	241.946	1.487.260	347.317
25.10.	92.823	253.688	1.503.652	353.723
26.10.	93.707	263.929	1.520.800	359.348
27.10.	94.609	280.229	1.537.142	366.233
28.10.	95.545	299.049	1.553.028	374.023
29.10.	96.529	319.205	1.570.446	381.664
30.10.	97.499	340.834	1.588.433	390.272
31.10.	98.482	362.731	1.606.267	399.330
01.11.	99.459	379.902	1.624.648	407.573
02.11.	99.459	395.480	1.642.665	414.567

Für die Zahlen vom 01.03.–19.10.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –263. Auch wenn die Zahlen aus derselben Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden. Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 02.11.2020. 12:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 2. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

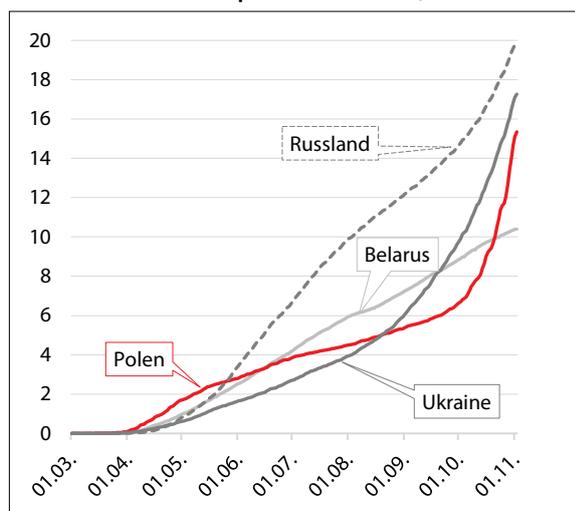


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (20. Oktober – 2. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
20.10.	937	3.721	24.473	5.948
21.10.	941	3.851	24.786	6.093
22.10.	945	4.019	25.072	6.213
23.10.	945	4.172	25.353	6.336
24.10.	953	4.351	25.647	6.463
25.10.	957	4.438	25.875	6.566
26.10.	961	4.483	26.092	6.641
27.10.	965	4.615	26.409	6.770
28.10.	969	4.849	26.752	6.938
29.10.	973	5.149	27.111	7.058
30.10.	977	5.351	27.462	7.235
31.10.	980	5.631	27.787	7.399
01.11.	985	5.783	28.026	7.515
02.11.	985	5.875	28.264	7.584

Für die Zahlen vom 01.03.–19.10.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –263. Auch wenn die Zahlen aus derselben Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden. Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 02.11.2020. 12:24 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

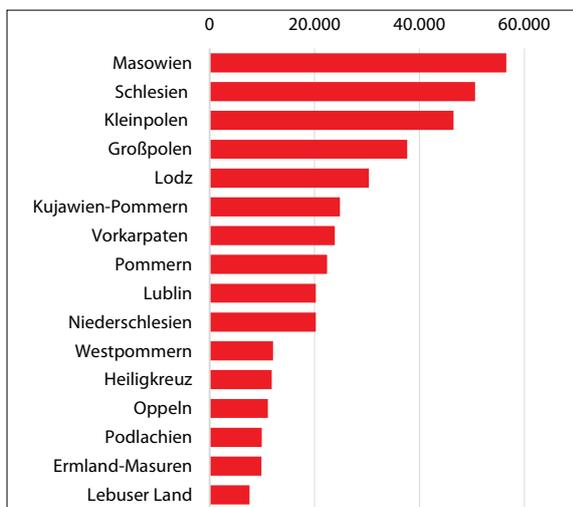
Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (2. November 2020, 10.30 Uhr)



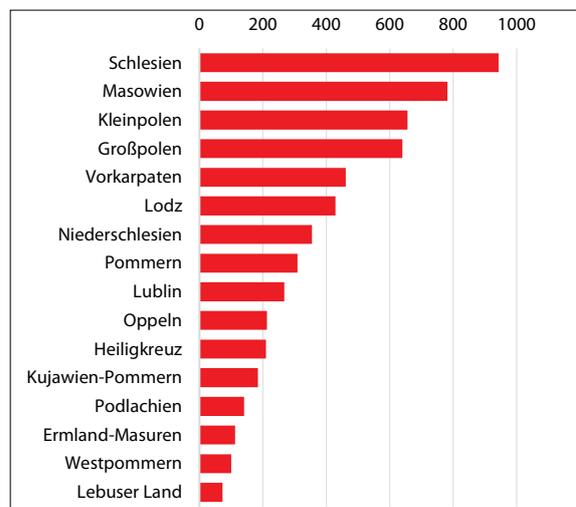
Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	9.874	112
Großpolen (wielkopolskie)	37.679	640
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	11.807	210
Kleinpolen (małopolskie)	46.464	656
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	24.827	184
Lebuser Land (lubuskie)	7.605	73
Lodz (łódzkie)	30.335	429
Lublin (lubelskie)	20.214	267

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Masowien (mazowieckie)	56.526	782
Niederschlesien (dolnośląskie)	20.211	355
Oppeln (opolskie)	11.076	213
Podlachien (podlaskie)	9.912	141
Pommern (pomorskie)	22.410	309
Schlesien (śląskie)	50.609	943
Vorkarpaten (podkarpackie)	23.872	461
Westpommern (zachodniopomorskie)	12.059	100

Infektionsfälle im Vergleich



Todesfälle im Vergleich



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-aktualne-dane-2-listopada-2020-4344739> (abgerufen am 02.11.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Covid-19-Chronik, 20. Oktober – 2. November 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/Todesfälle*	Ereignis
20.10.2020	192.539/3.721	Die Fluglinien Wizz Air und Ryan Air stellen ihre Flüge zwischen London und Szymany (Woiwodschaft Ermland-Masuren/województwo warmińsko-mazurskie) ein. Als Grund wird der Rückgang der Fahrgastzahlen genannt, da Einreisende aus Polen in Großbritannien eine 14-tägige Quarantäne einhalten müssen.
21.10.2020	202.579/3.851	
22.10.2020	214.686/4.019	Der Sejm verabschiedet mit 423 Stimmen bei elf Gegenstimmen und neun Enthaltungen eine Gesetzesnovelle zur Bekämpfung der Krise infolge der Corona-Epidemie. Künftig kann die Bedienung eines Kunden, der keinen Mund-Nase-Schutz trägt, abgelehnt werden. Personen aus dem medizinischen Bereich, die von den Woiwoden zur Bekämpfung der Corona-Epidemie delegiert werden, erhalten eine Gehaltserhöhung bis zu 200%. Angehörige des medizinischen Personals, der Polizei, des Grenzschutzes, der staatlichen Feuerwehr und der Streitkräfte, die bei der Bekämpfung von Covid-19 eingesetzt sind, erhalten volle Bezüge im Falle einer Corona-Erkrankung oder der Notwendigkeit der Quarantäne. Außerdem werden Einstellungen von nicht-EU-Ärzten erleichtert.
23.10.2020	228.318/4.172	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ruft die Senioren auf, zum Schutz vor einer Infektion mit dem Corona-Virus zu Hause zu bleiben. Als Unterstützungsmaßnahme stellt er das Programm »Unterstütze den Senior« (Wspieraj Seniora) vor. Hier koordiniert das Ministerium für Familie und Sozialpolitik Hilfsmaßnahmen der Regierung, der Selbstverwaltungsbehörden und der öffentlichen Alten- und Pflegeheime zum Schutz der Senioren vor Covid-19. Die Hilfsangebote werden von Ehrenamtlichen, Pfadfindern, NGOs, der Freiwilligen Feuerwehr und den Militäreinheiten der Territorialen Verteidigung (Wojsk Obrony Terytorialnej – WOT) durchgeführt.
24.10.2020	241.946/4.351	Das Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass die Armee im Warschauer Veranstaltungszentrum EXPO XXI ein Krankenhaus für ca. 300 Covid-19-Patienten einrichtet.
24.10.2020		Im Zentrum von Warschau findet eine Demonstration gegen Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Epidemie statt. Abstands- und Hygieneregeln werden nicht eingehalten und es kommt zu Ausschreitungen gegen Polizisten. Nach Angaben der Polizei werden mehr als 120 Personen festgenommen.
24.10.2020		Angesichts der hohen Corona-Fallzahlen gelten ab dem heutigen Tag neue Beschränkungen, um die Infektionsketten des Corona-Virus zu unterbrechen. In der Öffentlichkeit dürfen sich nur fünf Personen treffen. Sie müssen einen Mund-Nase-Schutz tragen und 1,50 Meter Abstand halten. Zu Hause dürfen sich max. 20 Personen treffen. Kinder und Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr dürfen zwischen 8 und 16 Uhr nur in Begleitung eines Erziehungsberechtigten das Haus verlassen, Ausnahmen sind der Schulweg und das Wochenende. Für Senioren gilt die Anordnung, das Haus nur für lebensnotwendige Erledigungen, zur Berufsausübung oder zum Gottesdienst zu verlassen. Bis zum 8. November wird in den Schulen ab der vierten Klasse auf Fernunterricht umgestellt, in den jüngeren Klassen und in der Vorschule findet weiter Präsenzunterricht statt. Kindergärten und Krippen bleiben für Kinder, deren Eltern berufstätig sind, geöffnet. Restaurants und Bars dürfen in den kommenden zwei Wochen Speisen nur noch zum Mitnehmen anbieten. Der Hotelbetrieb darf aufrechterhalten werden.
25.10.2020	253.688/4.438	In einem Fernsehinterview mit TVP Info sagt Bildungs- und Wissenschaftsminister Przemysław Czarnek, die Corona-Infektionsquote in den Schulen selbst liege bei 2%, aber die mit dem Schulbesuch einhergehende Mobilität der Schüler, Lehrer und Eltern stelle eine Risikofaktor dar. Daher habe die Regierung die Umstellung auf Fernunterricht ab der 4. Klasse für die kommenden zwei Wochen beschlossen. Eventuell werde die Maßnahme verlängert.
26.10.2020	263.929/4.483	

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
27.10.2020	280.229/4.615	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki stellt neue Unterstützungsmaßnahmen für die Gastronomie- und Freizeitbranche und den Einzelhandel vor. Die Hilfen können Unternehmer in Anspruch nehmen, deren Einkommen im Oktober bzw. November um 40 % geringer ist als im Vorjahreszeitraum. Damit sollen Einkommenseinbußen infolge neuer Restriktionen zur Eindämmung der Corona-Epidemie aufgefangen werden. Vorgesehen sind die Zahlung von Kurzarbeitergeld und die Befreiung von den Sozialversicherungsbeiträgen für den Monat November. Kleinunternehmer können eine Einmalzahlung in Höhe von 5.000 Zloty beantragen, die nicht rückzahlungspflichtig ist. Außerdem sollen im Jahr 2021 die Standgebühren für Kleinhändler wegfallen; die Selbstverwaltung soll dafür einen Ausgleich erhalten. Morawiecki sagt, die Kosten für das Hilfsprogramm werden auf 1,8 bis 2 Mrd. Zloty geschätzt.
27.10.2020		In der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober verabschiedet der Sejm mehrere Novellen zu Gesetzen zur Bekämpfung der Corona-Epidemie. U. a. wird ein Vorschlag des Senats beschlossen, dass alle Angestellten des Gesundheitswesens, die in die Betreuung von Covid-19-Patienten eingebunden sind, einen Zuschlag in Höhe ihrer Gehaltszahlung erhalten.
28.10.2020	299.049/4.849	Nach einer hitzigen Debatte verabschiedet der Sejm (231 Ja-Stimmen, 212 Nein-Stimmen, drei Enthaltungen) eine Novelle zu der am Vortag verabschiedeten Gesetzesnovelle. Diese beinhaltet, dass alle Angestellten des Gesundheitswesens, die in die Betreuung von Covid-19-Patienten eingebunden sind, einen Zuschlag in Höhe der Gehaltszahlung erhalten. Die nun verabschiedete Novelle sieht den Zuschlag nur für diejenigen vor, die direkt mit Covid-19-Patienten zu tun haben. Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), verteidigt die neue Novelle in der Debatte und sagt, es wäre »moralischer Missbrauch« einen Arzt, der einen Patienten am Telefon berät, mit dem Arzt gleichzusetzen, der Covid-19 direkt ausgesetzt sei.
29.10.2020	319.205/5.149	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak teilt mit, dass die Anzahl der Soldaten, die bei der Bekämpfung der Corona-Epidemie eingesetzt werden, von aktuell 3.000 auf mindestens 20.000 aufgestockt werden soll. Die Soldaten werden beispielsweise beim Aufbau von Notkrankenhäusern, bei der Einrichtung von mobilen Teststationen und bei der Kontrolle der Quarantäneregeln eingesetzt. Außerdem werden sie zur Entlastung des medizinischen Personals geschult, Corona-Tests durchzuführen.
29.10.2020		Der Chef des Gesundheitsamtes, Jarosław Pinkas, warnt, dass Demonstrationen während der Corona-Epidemie zu einem lawinenartigen Anstieg der Infektionszahlen führen können, da die Abstands- und Hygieneregeln nicht eingehalten werden. Er fordert die Demonstranten auf, andere Protestformen zu wählen. Hintergrund sind die seit einer Woche stattfindenden Massendemonstrationen in vielen polnischen Städten, die sich gegen ein Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) zum Abtreibungsrecht wenden. Das Gericht sieht Abtreibungen von Föten, die schwere Schäden aufweisen, als illegal an.
30.10.2020	340.834/5.351	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt den Beschluss der Regierung bekannt, dass die Friedhöfe vom 31. Oktober bis zum 2. November geschlossen bleiben. Damit soll die Ausbreitung des Corona-Virus verhindert werden. Traditionell besuchen viele Polen zu Allerheiligen und Allerseelen die Friedhöfe.
31.10.2020	362.731/5.631	
01.11.2020	379.902/5.783	Gesundheitsminister Adam Niedzielski weist den Nationalen Gesundheitsfonds (Narodowy Fundusz Zdrowia – NFZ) an, gemäß der in dieser Woche verabschiedeten Gesetzesnovelle Mitarbeitern im Gesundheitssektor eine zusätzliche Gehaltszahlung in voller Höhe auszus zahlen. Damit wird die bisher geltende Zusatzzahlung von 50 % verdoppelt. Der Personenkreis der Zahlungsempfänger erweitert sich um das Rettungs- und Laborpersonal; er umfasst wie bei der seit September geltenden Regelung weiterhin das medizinische Personal in Krankenhäusern und Aufnahmestationen mit direktem Kontakt zu Covid-19-Patienten.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
02.11.2020	395.480/5.875	Das Gesundheitsministerium beantragt bei der Generalstaatsanwaltschaft, Ermittlungen gegen die Firma E&K einzuleiten. Diese repräsentierte der Waffenhändler Andrzej Izdebski, der im April den Zuschlag des Ministeriums für die Beschaffung von mehr als 1.200 Beatmungsgeräten für Covid-19-Patienten erhalten hatte. Der Vertrag wurde nicht eingehalten und die bereits gezahlte Summe nur geringfügig zurückgezahlt. Die Frist lief Ende Oktober ab. Zurzeit stehen noch ca. 70 Mio. Zloty offen. Der für den Vertragsabschluss verantwortliche damalige Vizegesundheitsminister Janusz Cieszyński (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) teilte am Vortag mit, er habe sich damals aufgrund einer positiven Beurteilung des Zentralen Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) für Izdebski entschieden. Eine andere Wahl sei im Kampf gegen die Corona-Pandemie nicht möglich gewesen, da im April der Kauf von Beatmungsgeräten über die offiziellen Kanäle nicht möglich gewesen sei.

*Zahlen der Johns Hopkins Universität, 02.11.2020, 12:24 Uhr

CHRONIK

20. Oktober – 2. November 2020

20.10.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki trifft sich in Warschau zum zweiten Mal mit der belarussischen Oppositionspolitikerin Swetlana Tichanowskaja. Besprochen werden die aktuelle Situation der Opposition in Belarus, die Entwicklung der innenpolitischen Lage und Hilfen für die oppositionelle Bewegung. In Belarus kommt es seit der als gefälscht geltenden Präsidentenwahl im August zu Massenprotesten der Bevölkerung. Polen hat sich mehrmals als Vermittler in dem Konflikt angeboten und Hilfsprogramme aufgelegt.
21.10.2020	Präsident Andrzej Duda beruft die Vertreter der Regierung im Rat für Sozialen Dialog (Rada Dialogu Społecznego – RDS), das sind Jarosław Gowin, Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie, sowie Staatssekretärin Olga Semeniuk, Gesundheitsminister Adam Niedzielski und Przemysław Czarnek, Minister für Bildung und Wissenschaft. Duda sagt, die Neubesetzung sei eine Folge der Regierungsumbildung Anfang Oktober, und kündigt die Erweiterung des RDS um das Forum der Polnischen Arbeitgeber (Forum Pracodawców Polskich) an. Neben den Regierungs- und Arbeitnehmervertretern gehören dem RDS auch Vertreter der Gewerkschaften an.
22.10.2020	Der Sejm stimmt mit 237 Nein-Stimmen (201 Ja-Stimmen, neun Enthaltungen) gegen die Berufung der Juristin Zuzanna Rudzińska-Bluszcz zur Bürgerrechtsbeauftragten der Regierung. Die Regierungsmehrheit hat sich bereits mehrmals gegen die Kandidatin der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska KO) und der Linken (Lewica) ausgesprochen. Rudzińska-Bluszcz ist die einzige Kandidatin für das Amt, das zurzeit noch von Adam Bodnar ausgeübt wird, dessen Amtszeit regulär am 9. September 2020 endete.
22.10.2020	Staatssekretär Piotr Naimski unterzeichnet im Namen der Regierung den Vertrag über die polnisch-US-amerikanische Zusammenarbeit bei der Entwicklung des polnischen Atomenergieprogramms.
22.10.2020	Medienberichten zufolge hat der neu berufene Minister für Bildung und Wissenschaft, Przemysław Czarnek, eine Durchsicht der Lehrbücher, insbesondere der geisteswissenschaftlichen Fächer angekündigt, da der dort festzustellenden Dominanz links-liberaler Einstellungen nicht zugestimmt werde. Anfang der Woche entließ Czarnek die Direktorin der Abteilung für Lehrbücher, Programme und Innovationen in seinem Ressort, Alina Sarnecka.
22.10.2020	Das Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny) erklärt ein Gesetz für verfassungswidrig, dass Schwangerschaftsabbrüche erlaubt, wenn der Fötus schwere Schäden aufweist. Begründet wird das Urteil mit der Menschenwürde ungeborener Kinder. Abtreibungen gelten nun noch als legal, wenn die Schwangerschaft aus einer Straftat hervorging oder eine Gefahr für das Leben der Mutter bedeutet. Hunderte Menschen protestieren gegen das Urteil.

23.10.2020	In mehreren Städten protestieren Tausende Menschen trotz Versammlungsverbots aufgrund der Corona-Epidemie gegen das Urteil des Verfassungsgerichts vom Vortag, das Abtreibungen von Föten mit schweren Schäden für verfassungswidrig erklärt.
24.10.2020	Der Parteivorsitzende der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Władysław Kosiniak-Kamysz, ruft Ministerpräsident Mateusz Morawiecki auf, mit der Begründung des Notstandes das umstrittene Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) nicht zu veröffentlichen. Diese Begründung anzuführen sei gerechtfertigt, da es aktuell darum gehen müsse, das Leben und die Gesundheit der Bürger zu schützen, die Corona-Epidemie zu bekämpfen und den gesellschaftlichen Frieden sowie die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Nach der Überwindung der Corona-Epidemie solle ein Referendum über das Abtreibungsrecht durchgeführt und das Ergebnis in die Verfassung aufgenommen werden. Das Verfassungstribunal kam vor zwei Tagen zu dem Urteil, dass Abtreibungen von Föten, die schwere Schäden aufweisen, illegal sind. Seitdem protestieren Tausende Menschen gegen den Richterspruch trotz Versammlungsverbots aufgrund der Corona-Epidemie.
25.10.2020	Die Demonstrationen gegen das Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) zum Abtreibungsrecht in dieser Woche weiten sich trotz Versammlungsverbots aufgrund der Corona-Epidemie aus. Protestiert wird seit dem heutigen Sonntag auch vor und in Kirchen. Nach Auffassung des Gerichts ist die Abtreibung von Föten, die schwere Schäden aufweisen, illegal.
26.10.2020	Grzegorz Schetyna, bis vor kurzem Parteichef der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), sagt auf einer Pressekonferenz in Hirschberg (Jelenia Góra), es sei eine Frage der Staatsräson, das umstrittene Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) zum Abtreibungsrecht nicht zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung wäre der Beginn einer neuen Phase des »Bürgerkrieges«. Die Verantwortung liege bei Ministerpräsident Mateusz Morawiecki. Das Gericht fällte in der vergangenen Woche das Urteil, dass die Abtreibung von Föten, die schwere Schäden aufweisen, illegal ist. Seitdem kommt es im ganzen Land trotz Versammlungsverbots aufgrund der Corona-Epidemie zu Massenprotesten.
27.10.2020	Das Außenministerium teilt mit, dass Vizeaußenminister Marcin Przydacz am selben Tag an zwei Veranstaltungen zur aktuellen Lage in Belarus (»Belarus choosing its future: between threats and opportunities« und »The Belarus uprising – Views from Poland and Lithuania«) beteiligt war, die von der Botschaft der Republik Litauen in Bukarest u. a. bzw. den Botschaften Litauens und Polens in Kopenhagen u. a. organisiert wurden. Zu den Teilnehmern gehörten auch Vertreter der belarussischen Opposition. Die Teilnehmer unterstreichen die Notwendigkeit demokratischer Veränderungen in Belarus und des Dialogs der belarussischen Führung mit der Gesellschaft und weisen darauf hin, dass die gesellschaftlichen Proteste in Belarus keine ideologische und geopolitische Basis hätten. Dies sei ein Unterschied zur Haltung Moskaus, das eine Integration Russlands und Belarus' anstrebe.
27.10.2020	In Warschau stellen Marta Lempart und Klementyna Suchanow, führende Aktivistinnen des Netzwerkes »Streik der Frauen« (Strajk Kobiet), im Rahmen des landesweit ausgerufenen Frauenstreiks ihre Forderungen vor. Dazu gehören ein allgemeines Abtreibungsrecht, allgemein zugängliche Verhütungsmittel und Sexualkundeunterricht. Außerdem solle die Kirche nicht mehr vom Staat finanziert werden und mehr Geld für das Gesundheitssystem bereitgestellt werden. Weiter fordern sie den Rücktritt der Regierung. Auslöser der seit Tagen dauernden Proteste ist ein Urteil des Verfassungstribunals zum Abtreibungsrecht, das die Abtreibung von Föten, die schwere Schäden aufweisen, für illegal erklärt.
27.10.2020	In einer Stellungnahme in den sozialen Medien schließt Jarosław Kaczyński, stellvertretender Ministerpräsident und Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), aus, dass das in der vergangenen Woche gefällte Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) zum Abtreibungsrecht geändert wird, da der Richterspruch verfassungskonform sei. Das Gericht hat Abtreibungen von Föten, die schwere Schäden aufweisen, für illegal erklärt. Das Urteil wurde noch nicht veröffentlicht. Weiter verurteilt Kaczyński die »Angriffe« auf die Kirchen und ruft die PiS-Mitglieder und Unterstützer auf, die Kirchen »um jeden Preis« zu verteidigen. Hintergrund ist, dass sich die Proteste, die seit der Urteilsverkündung stattfinden, zuletzt auch vor und in Kirchen abgespielt haben. Die PiS-Nachwuchsorganisation (Jugendforum/ Forum Młodych – FM) teilt auf »Twitter« mit, der FM-Vorsitzende, Michał Moskal, habe den Kreisvertretern die »Aufgabe zugewiesen«, die Kirchen zu schützen. Der rechtsradikale Verband »Marsch der Unabhängigkeit« (Marsz Niepodległości) gibt bekannt, dass sein Vorsitzender, Robert Bąkiewicz, am Vortag die »Nationalwache« (Straż Narodowa) gegründet hat. Dies sei eine Organisation zur Selbstverteidigung der Christen, die ebenfalls die Kirchen verteidigen werde.

27.10.2020	Die Frist für die Aufstellung von Kandidaten für das Amt des Bürgerrechtsbeauftragten der Regierung läuft um Mitternacht ab. Zur Wahl steht weiterhin die Kandidatin der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska KO) und der Linken (Lewica), die Juristin Zuzanna Rudzińska-Bluszcz, die von ca. 1.000 zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt wird. Die anderen politischen Parteien stellten auch dieses Mal keinen Kandidaten auf. Rudzińska-Bluszcz wurde bei den bisherigen Abstimmungen von der Regierungskoalition abgelehnt. Zurzeit wird das Amt von Adam Bodnar ausgeübt, dessen Amtszeit regulär am 9. September 2020 endete.
28.10.2020	Jarosław Kaczyński, stellvertretender Ministerpräsident und Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), wirft der parlamentarischen Opposition in einer Sejmsitzung vor, dass sie zu Demonstrationen gegen das Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) zum Abtreibungsrecht aufrufe und damit die Bevölkerung in Gefahr bringe, da in der aktuellen Situation der Corona-Epidemie eine hohe Infektionsgefahr bestehe und Versammlungen mit mehr als fünf Personen verboten seien. Die Oppositionspolitiker seien »Verbrecher« und müssten sich dafür verantworten, dass sie viele Menschen dem Tod aussetzen würden. Das Verfassungstribunal hat in der vergangenen Woche geurteilt, dass die Abtreibung von Föten mit schweren Schäden nicht verfassungskonform ist. Seitdem kommt es in vielen Städten in Polen zu Protesten mit Tausenden Teilnehmern.
29.10.2020	Krzysztof Szczerski, Chef der Kanzlei von Präsident Andrzej Duda, weist den Vorwurf des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko als »unsinnig« zurück, dass Dudas Sieg bei der diesjährigen Präsidentenwahl gefälscht worden sei. Mit Blick auf Lukaschenkos Aussage, dass Polen in Belarus eine Rebellion habe machen wollen und nun selber eine habe, sagt Szczerski, er gratuliere der totalen Opposition in Polen zu ihrem neuen Verbündeten für ihre Strategie »Straße und Ausland«. Hintergrund ist, dass das Verfassungsgericht Polens vor einer Woche ein Urteil zum Abtreibungsrecht sprach, wonach die Abtreibung von Föten, die schwere Schäden aufweisen, nicht verfassungskonform ist. Seitdem kommt es in Polen trotz Versammlungsverbots aufgrund der Corona-Epidemie zu Massenprotesten. In Belarus finden seit der als gefälscht geltenden Präsidentenwahl im August Massendemonstrationen statt.
30.10.2020	In Warschau findet unter dem Aufruf »Alle nach Warschau« mit mehreren Zehntausend Teilnehmern die bisher größte der Demonstrationen statt, die seit dem Urteilspruch des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) zum Abtreibungsrecht am 22. Oktober organisiert werden. Es kommt zu Zusammenstößen mit der Polizei. Auch in anderen Städten wird trotz Versammlungsverbots aufgrund der Corona-Epidemie protestiert. Das Verfassungstribunal hat in der vergangenen Woche geurteilt, dass die Abtreibung von Föten mit schweren Schäden verfassungswidrig ist.
01.11.2020	200 Generale, Admirale und hohe Funktionäre a. D. der polnischen Streitkräfte, Polizei, Feuerwehr, des Grenzschatzes und weiterer uniformierter Dienste zeigen sich in einem Brief tief beunruhigt über die aktuelle Entwicklung im Land, die geprägt ist von der Covid-19-Epidemie, der angespannten Lage im Gesundheitssektor, der Wirtschaftskrise und den Massenprotesten im ganzen Land infolge des Urteils des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) vom 22. Oktober zum Abtreibungsrecht. Die Unterzeichner warnen vor einer gewalttätigen Eskalation der Massenproteste, die seit der Urteilsverkündung stattfinden. Sie fordern die Politik auf, den Willen der Mehrheit beim Abtreibungsrecht zu berücksichtigen, die Polizei und anderen uniformierten Dienste, bei den Massenprotesten rechtskonform zu handeln, und die Protestierenden, keine Gewalt gegen Menschen und Sachen auszuüben. Weiter appellieren sie an die Konfliktparteien, unverzüglich in einen Dialog zu treten und eine Lösung im Sinne der gesellschaftlichen Mehrheit zu finden. Hintergrund der Massendemonstrationen ist der Richterspruch des Verfassungstribunals, dass die Abtreibung von Föten mit schweren Schäden nicht verfassungskonform ist. Die Massendemonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern stellen ein hohes Infektionsrisiko in der herrschenden Corona-Pandemie dar. Es kam zu Ausschreitungen, Sachbeschädigungen und Festnahmen.
01.11.2020	In Warschau stellen Marta Lempart und Klementyna Suchanow, führende Aktivistinnen des Netzwerkes »Streik der Frauen« (Strajk Kobiet), die Forderungen des Konsultationsrates vor, der am selben Tag zum ersten Mal beraten hat. Ihm gehören Frauen und Männer aus Politik und Gesellschaft an. Die Forderungen erstrecken sich nicht nur auf die Verbesserung der Frauenrechte in Bezug auf Abtreibung und Gewalterfahrung, sondern auch auf die Bereiche Gesundheitssystem, Bildung, Klimaschutz u. a. Die Vertreterinnen des Netzwerkes »Streik der Frauen« lehnen einen Kompromissvorschlag von Präsident Andrzej Duda zur Novelle des Abtreibungsrechts ab. Er hat ihn als Antwort auf die Massenproteste gegen das Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) vorgestellt, das die Abtreibung eines Fötus mit schweren Schäden als illegal bewertet. Dudas Vorschlag sieht vor, dass Abtreibungen von Föten, die schwere, rasch zum Tod führende Schäden aufweisen, erlaubt sind. Auch der Vorschlag des Juniorpartners in der Regierung, der Partei Verständigung (Porozumienie), ungeborene Kinder mit dem Down-Syndrom explizit zu schützen und Müttern das Entscheidungsrecht bei Föten mit schweren, tödlich endenden Erkrankungen einzuräumen, wird abgelehnt. Eine »Zwischenlösung« sei nicht akzeptabel, so die Anführerinnen des »Frauenstreiks«.

02.11.2020	Knapp 40 Organisationen appellieren in einer Stellungnahme an die Politik, nicht dem Druck der Protestierenden nachzugeben, sondern das Urteil des Verfassungsgerichts vom 22. Oktober umzusetzen. Dieses erklärt Abtreibungen von Föten, die schwere Schäden aufweisen, für verfassungswidrig. U. a. heißt es in der Begründung der Stellungnahme, es bestehe die Gefahr, dass Eltern von behinderten oder tödlich erkrankten Kindern auch nach der Geburt das Recht auf Tötung der Kinder fordern können. Stattdessen sollten bessere Unterstützungsmaßnahmen für Familien mit behinderten Kindern angeboten werden.
------------	--

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.